

Gütersloh zahlt 10 000 Euro als Solidarbeitrag

Gütersloh (dop). Vorausgesetzt, dass die Konzerte der Nordwestdeutschen Philharmonie (NWD) publikumsträftig bleiben, haben die Mitglieder des Gütersloher Kulturausschusses gestern einem städtischen Solidarbeitrag bis 2015 von jährlich 10 000 Euro für das von der Insolvenz bedrohte Regionalorchester zugestimmt. SDP (4), FDP (1) und die Grünen (2) votierten mit insgesamt sieben

Stimmen dafür. CDU (5) und UWG (1) enthielten sich. Die BfGT stimmte dagegen.

Zuvor hatte Kulturdezernent Andreas Kimpel noch einmal verdeutlicht, dass 17 der 18 betroffenen Kommunen und Kreise bereits für die Unterstützung des Orchesters gestimmt hätten. Damit wurde Gütersloh zum Zünglein an der Waage: Ein Nein hätte das Aus für alle bislang erreich-

ten Vereinbarungen bedeutet.

Der Kreis Gütersloh hatte nach heftiger Diskussion bereits Ende November seine Unterstützung in Höhe von 60 000 Euro pro Jahr zugesagt – und war auch dem Trägerverein der Philharmonie beigetreten. Das wird die Stadt Gütersloh nicht tun. Erstens, um angesichts der aktuellen Finanzsituation keine Ausweitung „freiwilliger Leistungen“ vorzuneh-

men, und zweitens, um keinen weiteren Etatposten im Haushalt verantworten zu müssen. Die 10 000 Euro werden nun als Aufschlag auf die vier jährlichen, ohnehin mit der NWD vereinbarten Konzerte der Reihe „Gütersloh philharmonisch“ verrechnet. Derzeit subventioniert die Dalkestadt diese Auftritte mit insgesamt 56 800 Euro.

Diese Zahl resultiert aus dem

Fehlbetrag von 14 200 Euro, den jedes Konzert mit sich bringt. Bei 135 Auftritten in ganz Ostwestfalen macht das pro Jahr rund 1,9 Millionen Euro, die nicht durch Eintrittspreise und Gagen gedeckt werden können. Das Defizit wollen die vom Orchester bespielten Kreise und Kommunen auffangen. Damit ist die Insolvenz der Nordwestdeutschen Philharmonie vorerst abgewendet.